



## Antrag

der Fraktion der SPD

### **Nachvollziehbarkeit, Transparenz und Effektivität der Pandemie-Maßnahmen sicherstellen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die anhaltend hohe Zahl an Neuinfektionen mit Covid-19 stellt unsere Gesellschaft vor eine enorme Herausforderung. Insbesondere gilt es, eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden, Neuinfektionen zu verhindern und Ansteckungsketten zu unterbrechen. Der Gesundheitsschutz muss nach wie vor oberste Priorität haben.

Mit Blick auf die kommenden Wochen und Monate wird es noch stärker als bisher notwendig sein, bei allen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung Nachvollziehbarkeit, Transparenz und Effektivität konsequent sicherzustellen. Die nach wie vor hohe Akzeptanz in der Bevölkerung für die notwendigen, aber teilweise weitreichenden Einschränkungen gilt es zu erhalten. Dafür ist es auch notwendig, dem Beratungsbedarf von Menschen nachzukommen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

- auf Bundesebene für einen einheitlichen Maßnahmenkatalog einzutreten, der transparent festlegt, ab welchem lokalen Inzidenzwert bestimmte Maßnahmen greifen („Inzidenz-Ampel“).
- die besondere Belastung von Familien in den Fokus zu nehmen und daher bei den Kontaktbeschränkungen analog zur Regelung in Mecklenburg-Vorpommern Kinder bis 12 Jahren nicht mitzuzählen, wenn dies aus Gründen der Betreuung des Kindes erforderlich ist sowie notwendige Begleitpersonen eines Menschen mit Behinderungen nicht mitzuzählen, wenn dies aus Gründen der Betreuung des Menschen mit Behinderung erforderlich ist.

- auf Bundesebene auf eine Ausweitung der Impfstoff-Produktion hinzuwirken, um das Tempo der Impfungen deutlich zu steigern.
- darauf hinzuwirken, Testungen auf das Virus konsequent auszuweiten und Kapazitäten zur Genom-Sequenzierung aufzubauen, um Mutationen feststellen und nachvollziehen zu können.
- eine Pflicht zur Nutzung von Masken der höheren Schutzstufe FFP-2 im ÖPNV oder Einzelhandel bei gleichzeitiger Sicherstellung der kostenlosen Abgabe an einkommensschwächere Menschen und gesicherter Verfügbarkeit vor Ort anzuordnen.
- die Verfügbarkeit von FFP-2 Masken in der stationären und ambulanten Pflege sowie für alle Bereiche, in denen beim Umgang mit Menschen der Sicherheitsabstand nicht eingehalten werden kann, sicherzustellen.
- auf eine Einschränkung des ÖPNV zu verzichten und stattdessen weitere Anstrengungen zur Senkung der Auslastung zu unternehmen.
- darauf hinzuwirken, die Möglichkeiten mobiler Arbeit deutlich auszuweiten, um auch mittels rechtlicher Verpflichtung eine höhere Quote zu erreichen, sowie bei den Beschäftigten der Landesregierung mit gutem Beispiel voranzugehen.
- Hilfs- und Beratungsangebote flächendeckend sicher zu stellen.

Dr. Ralf Stegner  
und Fraktion

Birte Pauls